

# Wie ein Bandwurm

Aus dem Stolberg-Prozess haben sich weitere Fälle ergeben – nun klagt Beluga-Insolvenzverwalter gegen Oaktree

VON JÜRGEN HINRICHS

**Bremen.** Es gibt den einen, den großen Fall: Im Namen des Volkes gegen Niels Stolberg und drei seiner früheren Manager bei Beluga. Dem ehemaligen Reeder und seiner Führungsscrew von damals wird vorgeworfen, betrogen, gefälscht und veruntreut zu haben. Seit einem Jahr wird deshalb vor der Großen Wirtschaftsstrafkammer des Bremer Landgerichts verhandelt. 44 Prozesstage bisher, sechs weitere sind anberaumt; gut möglich, dass dann immer noch nicht Schluss ist.

In diesem einen Fall verstecken sich mittlerweile aber noch einige andere. Es ist wie mit einem Bandwurm, hat man das eine Ende erst einmal gepackt, kommt immer mehr heraus. Das Beluga-Verfahren, schon jetzt allein wegen seiner Dauer ungewöhnlich genug, wächst sich immer weiter aus.

Da ist der Steuerberater von Stolberg. Sein Name fällt immer wieder, wenn das Gericht tagt. Er war der Mann im Hintergrund, der bei Beluga die Strippen zog, als das Unternehmen im Sommer des Jahres 2010 wegen finanzieller Schwierigkeiten in die Arme des US-amerikanischen Finanzinvestors Oaktree flüchtete. Der Steuerberater hatte bei dem Deal die Verträge ausgehandelt. Weil dabei gegenüber den Amerikanern offenbar schwer getrickst wurde, wird nun auch gegen ihn ermittelt – wegen Beihilfe zum Betrug und Untreue in einem besonders schweren Fall.

Der Mann ist Geschäftsführer einer großen Steuerberatungsfirma mit Standorten in Oldenburg und in Haren (Ems). Nach Aussagen vieler Beteiligten von damals hatte er den engsten Kontakt zu Stolberg, der sich gegenüber seinen eigentlichen Mitarbeitern im Beluga-Haus auf dem Bremer Teerhof eher abschottete. Das Gericht würde den Berater gerne befragen, da aber gegen ihn ermittelt wird, kann er die Aussage verweigern und tut das auch. Andernfalls würde er sich als Beschuldigter möglicherweise selbst belasten.

Da ist zweitens der Reeder aus Hamburg. Er hatte Stolberg vier Schiffe abgekauft, die noch in Bau waren und dafür den vollen Preis gezahlt. In den Genuss der Kommission, sogenannter Kick-back-Zahlungen, in Höhe von 2,5 Millionen US-Dollar pro Schiff, kam allein der Beluga-Chef.

Für den Reeder war das Betrug, er sei über den wahren Preis der Werft getäuscht worden. So jedenfalls stellte er es gegenüber der Staatsanwaltschaft dar. Vor Gericht mochte er diesen Vorwurf nicht wiederholen. Im Gegenteil, er sagte: „Mir war der Kaufpreis egal, solange Beluga eine entsprechend hohe Charterrate garantieren konnte.“ Die Ankläger wollen das nicht auf sich beruhen lassen, sie ermitteln gegen den Mann wegen falscher uneidlicher Aussage.

Schließlich die Manager von Oaktree. Als sie Beluga übernahmen und ihnen langsam gewahr wurde, dass die Bilanzen des Unternehmens massiv geschönt waren, machten



Beim Landgericht liegen mehrere neue Akten – denn der Beluga-Insolvenzverwalter fordert nun von Oaktree rund 17 Millionen Euro.

FOTO: DPA

sie das nach Auffassung der Staatsanwaltschaft nicht sofort transparent. Die Zahlen blieben zunächst falsch, was den Oaktree-Leuten im Laufe des Gerichtsverfahrens den Vorwurf der unrichtigen Darstellung einbrachte. Nach Mitteilung der Anklage hat sich dieser Fall mittlerweile erledigt. Die Ermittlungen seien gegen Zahlung einer Geldauflage eingestellt worden.

Ganz raus ist Oaktree aus der Causa Beluga damit aber noch nicht. Beim Landgericht liegen mehrere neue Akten, die zur Verhandlung kommen könnten. In Gang gebracht hat das der Beluga-Insolvenzverwalter. Wie die „taz“ berichtet, fordert er von

zwei Managern des US-Investors rund 17 Millionen Euro. Geld, das sie während ihrer Zeit bei Beluga ausgezahlt haben sollen, obwohl ihnen zu dem Zeitpunkt bereits bekannt gewesen sei, dass die Reederei in akuten Zahlungsschwierigkeiten steckt. Im Wirtschaftsrecht gibt es dafür den Ausdruck „Massenschmälerung“.

Insolvenzverwalter bei Beluga ist die Kanzlei Schultze & Braun, ein bundesweites Unternehmen, das seinen Bremer Sitz am Domshof hat. „Es ist richtig, dass Klagen erhoben wurden“, erklärt die Kanzlei auf Anfrage, „im Rahmen schwebender Zivilverfahren nimmt der Insolvenzverwalter

aber grundsätzlich keine Stellung, um Prozessverlauf und eventuelle außerprozessuale Lösungsansätze nicht durch öffentliche Spekulationen von dritter Seite zu belasten.“

**Das Beluga-Verfahren vor dem Bremer Landgericht wird am 10. Januar, 14.30 Uhr, fortgeführt. Dabei handelt es sich allerdings nur um einen Kurztermin. Die nächsten regulären Prozesstage beginnen am 17. Januar, 9.30 Uhr, und ziehen sich bis Ende März hin.**

**Einzigartiger Fall: Erfahren Sie mehr über den Kriminalfall Beluga im Dossier. Anleitung zur Live-App auf Seite 2.**

## Personalmangel in Jobcentern

Zahl der Vermittlungsfachkräfte stagniert seit 2014

VON STEFAN SAUER

**Berlin.** In den Jobcentern sind deutlich weniger Beschäftigte mit der Vermittlung von Erwerbslosen befasst als vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) offiziell angegeben. Amtlich kommen derzeit auf einen Vermittler 70 Arbeitssuchende unter 25 Jahren. Für über 25-Jährige wird ein Betreuungsschlüssel von 1 zu 129 genannt. Tatsächlich aber ist eine Vermittlungsfachkraft für 85 jüngere oder 167 ältere Arbeitslose zuständig. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen hervor, die dieser Zeitung vorliegt.

In der „Berechnungslogik der Betreuungsschlüssel“ seien „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter enthalten, die vorgelagerte Aufgaben im Betreuungs- und Vermittlungsprozess wahrnehmen“, heißt es in der Antwort der parlamentarischen Staatssekretärin im BMAS, Anette Kramme (SPD). Hinter dieser umständlichen Formulierung verbergen sich zum Beispiel Beschäftigte im Telefonservice und am Empfang der Jobcenter sowie Teamleiterinnen und Teamleiter, die allesamt nicht in der Arbeitsvermittlung tätig sind, für die Statistik aber mitgezählt werden. „Die einer einzelnen Vermittlungsfachkraft zugeordneten Kunden sind dadurch höher als durch die rechnerisch ermittelten Betreuungsschlüssel ausgedrückt

wird“, heißt es weiter. Faktisch seien zum 30. September 40,7 Prozent des Jobcenter-Personals in der Arbeitsvermittlung tätig gewesen.

Damit verfehle das BMAS alle selbst gesetzten Ziele bei Weitem, kritisiert die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Brigitte Pothmer. So würden nicht nur die offiziell angestrebten Betreuungsschlüssel von 1 zu 75 für junge und 1 zu 150 für über 25-jährige Arbeitslose deutlich überschritten. Auch vom ursprünglich angestrebten Anteil von 80 Prozent der Jobcenterbeschäftigten, die sich um die Integration der Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt kümmern sollten, sei man „meilenweit entfernt“, betont die Grünen-Politikerin. Die Daten zeigten überdies, dass das 2016 in Kraft getretene Gesetz zur Rechtsvereinfachung und Entbürokratisierung wirkungslos geblieben sei.

Das von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) formulierte Ziel, „mehr Freiräume für die Vermittlung in den Jobcentern“ zu schaffen, sei nicht erreicht worden, so Pothmer: „Nach wie vor kümmern sich lediglich 41 Prozent der Jobcenterbeschäftigten darum, Arbeitslose wieder in Beschäftigung zu bringen. Das entspricht exakt dem Stand von 2014.“

Dabei spiegelten selbst die von der Bundesregierung nun eingeräumten Zahlen nicht die wahre Situation. Tatsächlich würden mindestens 162.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit geringen eigenen Einkünften nicht in die Ermittlung der Betreuungsschlüssel einfließen. Auch die wachsende Zahl arbeitsuchender Flüchtlinge in der Grundsicherung sei nur zum Teil von der Bundesregierung berücksichtigt, die sich in ihrer Antwort auf den Stand Ende 2016 beziehe. Seither seien rund 130.000 Menschen hinzugekommen, die einer besonders intensiven Betreuung bedürften. „Legt man näherungsweise zur Berechnung der tatsächlichen Lage alle aktuellen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zugrunde, ergäbe sich für den Bereich der unter 25-Jährigen ein Betreuungsschlüssel von 1 zu 198 und für über 25-Jährige von 1 zu 208“, so Pothmer. Um den Herausforderungen gerecht zu werden, bedürfe es eines Bürokratieabbaus und zusätzlichen Personals.



In deutschen Jobcentern gibt es weniger Personal als offiziell angegeben.

FOTO: DPA

## Überraschende Abgas-Studie

Forscher: Diesel-Pkw stoßen mehr Stickoxide aus als Lastwagen

VON JAN PETERMANN

**Berlin.** Einige der modernsten Diesel-Pkw stoßen laut einer Analyse des Forscherverbands ICCT mehr als doppelt so viel giftige Stickoxide (NO<sub>x</sub>) aus wie neue Lastwagen oder Busse. Wie die Umweltwissenschaftler am Freitag berichteten, ergaben kombinierte Daten des Kraftfahrt-Bundesamts und aus Finnland für Personenwagen mit Dieselmotoren der Schadstoffklasse Euro 6 im realen Straßenbetrieb im Schnitt NO<sub>x</sub>-Emissionen von 500 Milligramm pro Kilometer. Bei Nutzfahrzeugen waren es dagegen nur 210 Milligramm.

Der ICCT, der den Abgas-Skandal bei VW mit aufgedeckt hatte, sieht in den Ergebnissen einen weiteren Beleg dafür, dass Abgastests im Labor durch Messungen im echten Verkehr ergänzt werden müssen. Die Unterschiede lägen vor allem an verschiedenen Testvorschriften. Pkw werden offiziell im Labor untersucht – oft mit speziellen Prototypen. „Dahingegen sind für die Ermittlung der Emissionen von Lkw und Bussen schon seit 2013 mobile Messgeräte vorgeschrieben, sodass zufällig ausgewählte Fahrzeuge unter realen Fahrbedingungen gemessen werden können“, erklärte ICCT-Europa-Chef Peter Mock – daher die gegenüber den oft präparierten Labor-Pkw besseren Werte.

Solche RDE-Tests (Real Driving Emissions) sollen in der EU ab September auch für Pkw schrittweise kommen. „Die Hersteller

bereiten sich intensiv darauf vor“, erklärte der Autoverband VDA. Schon heute seien viele Modelle auf dem Markt, die RDE-Grenzen schaffen oder unterschritten. Für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß ist das sogenannte WLTP-Testverfahren in Planung.

Die Forscher betonten, dass bei einer besseren Vergleichbarkeit der Daten zwischen Pkw und Nutzfahrzeugen – mit Einschluss der höheren Lastanforderungen für Lkw und Busse – sogar noch größere Abweichungen entstünden. Dann liege der NO<sub>x</sub>-Ausstoß der betrachteten Diesel-Pkw „sogar um einen Faktor 10 höher als die vergleichbaren Werte für Nutzfahrzeuge“, sagte ICCT-Studienautorin Rachel Muncrief. Mock kritisierte, dass manche Autobauer auch beim RDE-Verfahren weiter vorbereitete Prototypen einsetzen wollten. „Besser wäre es, stattdessen normale Serienfahrzeuge aus Kundenhand zu vermessen und stichprobenartige Nachkontrollen einzuführen.“

Dies sieht auch Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) so. „Künftig müssen Nachkontrollen unabhängig von den Herstellern durchgeführt werden, und zwar anhand von zufällig ausgewählten Serienfahrzeugen“, sagte sie. Im November hatte der ICCT zudem drastische Abweichungen von offiziellen Katalog- und tatsächlichen Straßenwerten beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß gemeldet. Mit Blick auf die NO<sub>x</sub>-Daten bemängelte der VDA, die Pkw-Werte seien identisch mit solchen, die der ICCT schon vor zwei Jahren verwendete.



Beim Verbrauch und Klimagas CO<sub>2</sub> hängen Motorleistung und Ausstoßmenge direkt zusammen, beim giftigen Stickoxid ist das nicht unbedingt so. Eine neue Abgas-Studie der Organisation ICCT zeigt Überraschendes.

FOTO: DPA

## Bening übernimmt Telepoint-Märkte

Bünting trennt sich von Elektrosparte

VON LISA BOEKHOFF

**Cuxhaven/Leer.** Das Handelsunternehmen Bunting verkauft und schließt seine Telepoint-Märkte und trennt sich damit vom Elektrohandel. Vier Standorte in Cloppenburg, Vechta, Lemgo und Oldenburg übernimmt laut einer Pressemitteilung die Elektro-Kette Expert Bening bis Ende Februar. Alle dort beschäftigten 80 Mitarbeiter sollen ihre Arbeitsplätze behalten. Drei weitere noch verbliebene Märkte in Bramsche, Dülmen und Jever will Bunting nach eigener Aussage bis Ende Februar schließen. Die 45 Mitarbeiter sollen nach einem Sozialplan in eine Transfergesellschaft wechseln können. Für die Kunden der übernommenen Läden ändere sich zunächst nichts. Expert Bening löse bereits gekaufte Gutscheine ein und übernehme Reklamationen und Garantien.

Die Bunting-Gruppe will sich laut Sprecherin Drieling auf ihr Kerngeschäft, den Lebensmittelhandel, konzentrieren. Schon im vergangenen Jahr schlug die Gruppe diesen Weg ein. Erste Elektro-Märkte schlossen bereits. Drieling begründet die Entscheidung vor allem mit dem hohen Druck in der Branche durch den Internethandel. Das Unternehmen mit Sitz in Leer beschäftigt 14.000 Mitarbeiter. Zur Bunting-Gruppe gehören der Teehandel, die Märkte Combi, Familia und Jibi. Die Bening-Gruppe mit Sitz in Cuxhaven erhöht mit der Betriebsübernahme die Anzahl ihrer Filialen in Norddeutschland nach eigenen Angaben von 23 auf 27. Bunting will seine mehr als 200 Combi- und 21 Familia-Märkte in den kommenden zwei Jahren modernisieren. Das sagte Vorstandschef Buntz der „Lebensmittel Zeitung“. Bunting soll laut diesem Blatt dem Vernehmen nach wie 2015 auch 2016 wieder rote Zahlen geschrieben haben. Andreas Robeck von der Unternehmensberatung Roland Berger ist seit vergangener November neues Mitglied des Vorstands. An der Spitze soll er neben Buntz und Rolf Warners ein Jahr verbleiben und den Umbau des Konzerns begleiten.

## Einzelhandel steigert Umsatz

**Wiesbaden.** Deutschlands Verbraucher haben dem Handel 2016 deutlich mehr Umsatz beschert. Die Erlöse stiegen gemessen am Vorjahr zwischen 2,4 und 2,6 Prozent, nach Abzug von Preiserhöhungen immerhin noch real zwischen 1,8 und 2,1 Prozent. Das teilte das Statistische Bundesamt am Freitag auf Basis einer ersten Schätzung mit. Sie basiert auf Daten von Januar bis einschließlich November 2016. Für Dezember mit dem Großteil des Weihnachtsgeschäfts liegen den Statistikern noch keine Daten vor. Im November profitierte der Handel von einem guten Start ins Weihnachtsgeschäft. Er setzte nach vorläufigen Ergebnissen preisbereinigt 3,2 und nominal 4,1 Prozent mehr um als im Vorjahresmonat. Indes hatten die Geschäfte einen Verkaufstag mehr offen als im November 2015. Gemessen am Vormonat Oktober gingen die Umsätze aber zurück. Die größten Zuwächse im November 2016 verzeichnete erneut der Internet- und Versandhandel. Ein kräftiges Plus gab es ferner im Handel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren sowie mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren.

DPA

## VW spendiert Ad-Blue-Gutscheine

**Wolfsburg.** Einige Modelle des VW-Konzerns werden nach der Umrüstung im Zuge des Diesel-Skandals mehr Zusatzstoffe zur besseren Abgasreinigung verbrauchen. Bei Hunderttausenden 2,0-Liter-Dieseln mit sogenanntem SCR-Katalysator könne der Verbrauch der Harnstofflösung „Ad-Blue“ nach dem Software-Update in der Werkstatt steigen, sagte ein VW-Sprecher. Zuvor hatte das Autofachportal „motor-talk.de“ darüber berichtet. Betroffen sind in Deutschland 145.000 Autos vorwiegend der Modelle Audi Q5 und Seat Alhambra sowie VW Passat und VW Sharan. VW will den Besitzern jeweils Gutscheine für fünf neue Füllungen des „Ad-Blue“-Tanks spendieren. „Ad-Blue“ wird in den betreffenden Modellen im Abgasstrang zugegeben und reagiert unter bestimmten Bedingungen mit den gesundheitsgefährdenden Stickoxiden (NO<sub>x</sub>) – so soll deren Ausstoß verringert werden.

DPA

## Greenpeace fordert weniger Fleischverzehr

**Hamburg.** Die Landwirtschaft in Deutschland muss sich laut einer Greenpeace-Studie für mehr Klimaschutz grundlegend wandeln. Der Fleischkonsum soll demnach bis 2050 halbiert werden, Bauern sollen auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel verzichten und deutlich weniger Mineraldünger auf die Felder streuen. So lasse sich bis zur Jahrhundertmitte der Treibhausgasausstoß der Landwirtschaft halbieren und der Rückgang der Artenvielfalt stoppen, heißt es im „Kursbuch Agrarwende 2050“. Die Umweltschutzorganisation hatte den Bericht beim Verein Forschungsinstitut für biologischen Landbau in Auftrag gegeben.

DPA